



Die EuErbVO aus schweizerischer Sicht

3. Mai 2018

Modul : Nachfolgeplanung



Inhaltsverzeichnis

- A. Instrumente des schweizerischen internationalen Erbrechts
 - 1. Literatur
 - 2. Rechtsprechung
 - 3. Anwendbares Recht
 - 4. Staatsverträge
 - 5. Anerkennung ausländischer Entscheide und Dokumente
- B. EU-Erbrechtsverordnung aus schweizerischer Sicht
 - 1. Übersicht
 - 2. Zuständigkeit
 - 3. Anwendbares Recht
 - 4. Erbverträge

Modul : Nachfolgeplanung

Seite 2



Inhaltsverzeichnis

5. Testamentsvollstrecker
6. Entscheidungen / Urkunden
7. Prinzipien
8. Ungelöste Probleme - Allgemein
9. Ungelöste Probleme – im Verhältnis zur Schweiz
10. Rechtsprechung
11. Empfehlungen
12. Literatur (CH/D/A)



A. Instrumente des Schweizerischen Internationalen Erbrechts



1. Literatur

Anton K. Schnyder /
Manuel Liatowitsch,
Kommentar zu Art. 86-96 IPRG,
in: Basler Kommentar zum
Internationalen Privatrecht, 3. A.,
Basel, 2014



1. Literatur

Barbara Graham-Siegenthaler,
Anhang IPRG,
in: Praxiskommentar Erbrecht,
3. A., Basel 2015





1. Literatur

Tarkan Göksu,
Art. 86-96
Handkommentar zum
Schweizerischen Privatrecht
(CHK)
3. A., Zürich 2016



1. Literatur

Anton Heini,
Kommentar zu Art. 86-96 IPRG,
in: Zürcher Kommentar zum IPRG,
2. A., Zürich 2004
(Künzle Hans Rainer,
3. A., Zürich 2018)





2. Zuständigkeit

a. Wohnsitz (Art. 86 IPRG)

- Abs. 1: Zuständigkeit am letzten Wohnsitz (Art. 20 IPRG) des Erblassers in der Schweiz.

Wenn ein Deutscher mit letztem Wohnsitz im Tessin verstirbt (BGer, 11.4.2012, 5A_18/2012, E. 32.) oder wenn eine Französin mit letztem Wohnsitz in Genf in Paris verstirbt (BGer, 19.3.2002, 5C.171/2002, E.3b, SJ 2002 I 366) ist die Schweiz zuständig.

- EuErbVO: Gewöhnlicher Aufenthalt



2. Zuständigkeit

a. Wohnsitz (Art. 86 IPRG)

- Abs. 2: Vorbehalt für ausländische Grundstücke

Im Nachlass eines deutschen Erblassers mit letztem Wohnsitz in der Schweiz wird das Testament hier eröffnet und der Erbschein kann beantragt und die Herabsetzungsklage angestrengt werden.

Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit Englands für ein Grundstück in England (ebenso USA, Kanada, Thailand, China etc.). Rein rechnerisch wird dieses Grundstück aber dennoch in die schweizerische Erbteilung einbezogen (umstritten).

Der frühere Vorbehalt von Frankreich, Belgien, Luxemburg, Spanien sollte mit der EuErbVO beseitigt sein.



2. Zuständigkeit

b. Heimat (Art. 87 IPRG)

- Abs. 1: Schweizer mit letztem Wohnsitz im Ausland: Ausländische Behörden befassen sich nicht mit dem Nachlass.

Rechtliches Nichtbefassen	Tatsächliches Nichtbefassen
Gutachten notwendig	Urteil notwendig
BGer, 28.6.2010, 5A_754/2009, E. 3.2	BGer, 19.4.2010, 5A_171/2010, E. 4.4
Frankreich befasst sich gemäss Gesetz nicht mit ausländischen Liegenschaften (gilt heute nicht mehr!)	Erfahrungsbericht des BJM betreffend Marokko genügt nicht.

- **Vorentwurf**
Vorbehalt der Untätigkeit ausländischer Behörden



2. Zuständigkeit

b. Heimat (Art. 87 IPRG)

- › Abs. 2: (Auch) Schweizer mit letztem Wohnsitz im Ausland oder ohne Wohnsitz: professio fori / professio iuris.

Für alle Vermögen oder das in der Schweiz gelegene Vermögen;
andere Beschränkungen sind ausgeschlossen

- › **Vorentwurf**
... ohne diesbezüglichen Vorbehalt, dem schweizerischen Recht unterstellt hat



3. Anwendbares Recht

a. Wohnsitz in der Schweiz (Art. 90 IPRG)

- Abs. 1: Der Nachlass einer Person mit letztem Wohnsitz in der Schweiz untersteht schweizerischem Recht.

Schweizerisches Recht meint „schweizerisches Erbrecht“.

Mit der Erbrechtsverordnung (gewöhnlicher Aufenthalt – Art. 21 EuErbVO) herrscht weitgehend gleiche Rechtslage.



3. Anwendbares Recht

b. Wohnsitz in der Schweiz (Art. 90 PRG)

- Abs. 2: Der (nur) Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz kann sein Heimatrecht wählen

Die „Abwahl“ von Pflichtteilen verstösst nicht gegen ordre public (BGE 102 II 136 [Cohen v. Hirsch]), wohl aber Diskriminierungen

Eine Rechtswahl kann im Einzelfall rechtsmissbräuchlich sein (Breitschmid)

Rechtswahl bedeutet im Zweifel Wahl des materiellen Rechts (nicht des IPRG) und muss sich auf den ganzen Nachlass beziehen.

- **Vorentwurf**
Rechtswahl auch für Doppelbürger



4. Staatsverträge


- a. **USA** (0.142.113.361 - 1850): Art. VI
 - Zuständigkeit/anwendbares Recht am Lageort von Immobilien
 - Zuständigkeit/anwendbares Recht am Lageort von Mobilien (= Wohnsitz !)
 - Rechtswahlmöglichkeit
- b. **Italien** (0.142.114.541 - 1868): Art. 17 Abs. 3/4
 - Zuständigkeit/anwendbares Recht am letzten Wohnsitz im Heimatland
 - Rechtswahlmöglichkeit
- c. **Frankreich** (0.274.183.491 – 1913 / aufgehoben)
- d. **Griechenland** (SR 0.142.113.721): Art. 10 Abs. 3
 - Anwendbares Recht: Heimatland
- e. **Iran (Persien)** (SR 0.142.114.362)
 - Anwendbares Recht: Heimatland



5. Anerkennung ausländischer Entscheidungen und Dokumente

Art. 96 IPRG (Exequatur Verfahren)

- „Ausländische Entscheidungen, Massnahmen und Urkunden, die den Nachlass betreffen ... werden in der Schweiz anerkannt:
 - a. wenn sie im Staat des letzten Wohnsitzes des Erblassers oder im Staat, dessen Recht er gewählt hat, getroffen ausgestellt oder festgestellt worden sind oder wenn sie in einem dieser Staaten anerkannt werden, oder
 - b. wenn sie Grundstücke betreffen und in dem Staat, in dem sie liegen, getroffen, ausgestellt oder festgestellt worden sind oder wenn sie dort anerkannt werden“.
- **Vorenwurf:**
Erwähnung des letzten gewöhnlichen Aufenthalts

 **Universität Zürich**^{UZH}
Rechtswissenschaftliche Fakultät Prof. Dr. Hans Rainer Künzle

http://eur-lex.europa.eu/.../uris/OJL2012.201.SOMDEHTML

EUROPA - EUR-Lex Startseite - Amtsblatt - 2012 - L 201

Amtsblatt der Europäischen Union

ISSN 1977-0642
doi:10.3000/19770642_L_2012.201.deu
L 201
55. Jahrgang
27. Juli 2012
[Vollständige Ausgabe](#)


Ausgabe in deutscher Sprache Rechtsvorschriften

Inhalt

I Gesetzgebungsakte
VERORDNUNGEN

- Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister ⁽¹⁾ [1](#)
- Verordnung (EU) Nr. 649/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien ⁽²⁾ [60](#)
- Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses [107](#)
- Verordnung (EU) Nr. 651/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Ausgabe von Euro-Münzen [135](#)

Modul : Nachfolgeplanung Seite 19

 **Universität Zürich**^{UZH}
Rechtswissenschaftliche Fakultät Prof. Dr. Hans Rainer Künzle

1. Übersicht

- › Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (EU-Erbrechts-Verordnung / EuErbVO)
- › trat in Kraft am 17. August 2015 (vgl. Art. 84 EuErbVO)
- › wird angewendet in der EU [ohne UK \(England, Wales Schottland, Nordirland\), Irland und Dänemark](#) (der Begriff „Mitgliedstaaten“ ist somit einschränkend auszulegen)
- › [Kein einheitliches Erbrecht](#), sondern nur einheitliches Kollisionsrecht

Modul : Nachfolgeplanung Seite 20



2. Zuständigkeit

› **Art. 4 Allgemeine Zuständigkeit**

„Für Entscheidungen in Erbsachen sind für den gesamten Nachlass die Gerichte des Mitgliedstaats zuständig, in dessen Hoheitsgebiet der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes seinen **gewöhnlichen Aufenthalt** hatte“.

- › Gewöhnlicher Aufenthalt (*Erwägungsgrund Nr. 23*)
 - Dauer + Regelmässigkeit des Aufenthalts
 - **Umstände + Gründe** (*familiäre, soziale, berufliche*)
 - ≠ Wohnsitz (*Aufenthalt + Absicht dauernden Verbleibs*)
 - ≠ *domicile (domicile of origin)*



2. Zuständigkeit

› **Art. 5 Gerichtsstandsvereinbarung**

„(1) Ist das vom Erblasser nach Artikel 22 zur Anwendung auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen gewählte Recht das Recht eines Mitgliedstaats, **so können die betroffenen Parteien vereinbaren**, dass für Entscheidungen in Erbsachen ausschließlich ein Gericht oder die Gerichte dieses Mitgliedstaats zuständig sein sollen.

(2) Eine solche Gerichtsstandsvereinbarung bedarf der **Schriftform** und ist zu **datieren** und von den betroffenen Parteien zu **unterzeichnen**. Elektronische Übermittlungen, die eine dauerhafte Aufzeichnung der Vereinbarung ermöglichen, sind der Schriftform gleichgestellt.“

Wahl der Zuständigkeit

- › *Keine freie Wahl der Zuständigkeit, nur Gleichlauf mit der Rechtswahl.*
- › *Nur Recht eines Mitgliedstaats, nicht Drittstaats-Recht.*



3. Anwendbares Recht

› Art. 21 Allgemeine Kollisionsnorm

„(1) Sofern in dieser Verordnung nichts anderes vorgesehen ist, unterliegt die gesamte Rechtsnachfolge von Todes wegen dem Recht des Staates, in dem der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes seinen **gewöhnlichen Aufenthalt** hatte“.

› Fälle

- › *Belgier wohnt in Deutschland und hat Haus in Belgien (bisher kam belgisches Erbrecht auf das Haus zur Anwendung, neu deutsches Recht)*
- › *Deutscher mit Haus in Frankreich (bisher kam französisches Erbrecht zur Anwendung, neu deutsches Recht)*



3. Anwendbares Recht

› Art. 22 Rechtswahl

„(1) Eine Person kann für die Rechtsnachfolge von Todes wegen **das Recht des Staates wählen**, dem sie im Zeitpunkt der Rechtswahl oder im Zeitpunkt ihres Todes **angehört**“.

Rechtswahl

- › *Es ist (leider) **nicht** möglich, das Recht des **gewöhnlichen Aufenthaltsorts** im Zeitpunkt der Testamentserrichtung oder das **Güterstatut** zu wählen (Wilke, RIW 2012, 606).*
- › *Es ist (richtigerweise) **nicht** möglich, ein Recht zu wählen, das keine Pflichtteile kennt, zu dem aber **kein Anknüpfungspunkt** besteht.*



4. Erbverträge

› Art. 25 Erbverträge

“ (1) Die Zulässigkeit, die materielle Wirksamkeit und die Bindungswirkungen eines Erbvertrags, der den Nachlass einer einzigen Person betrifft, einschließlich der Voraussetzungen für seine Auflösung, unterliegen dem Recht, das nach dieser Verordnung auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen anzuwenden wäre, wenn diese Person zu dem Zeitpunkt verstorben wäre, in dem der **Erbvertrag geschlossen** wurde“.

- › *Abs. 2: Nach Land getrennte Beurteilung: Er (D) und Sie (F) mit gewöhnlichem Aufenthalt in F schliessen Erbvertrag*
 - › *gültig, wenn er Verpflichtungen eingeht*
 - › *ungültig, wenn sie Verpflichtungen eingeht (Art. 968, 1130 Abs. 2 CC)*
 - › *ungültig, wenn beide Verpflichtungen eingehen*



5. Testamentsvollstrecker

Art. 29 Besondere Regelungen für die Bestellung und die Befugnisse eines Nachlassverwalters in bestimmten Situationen

“ (1) ... und ist das auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen anzuwendende Recht **ausländisches Recht**, können die Gerichte dieses Mitgliedstaats, wenn sie angerufen werden, einen oder mehrere Nachlassverwalter **nach ihrem eigenen Recht unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen** bestellen“.

Transformation der Kompetenzen in ein anderes EU-Land

“ (3) ... kann das nach Absatz 1 einen oder mehrere Verwalter bestellende Gericht ausnahmsweise, wenn das auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen **anzuwendende Recht das Recht eines Drittstaats** ist, beschliessen, diesen Verwaltern **alle Verwaltungsbefugnisse zu übertragen, die in dem Recht des Mitgliedstaats vorgesehen sind**, in dem sie bestellt werden“.

Ausdehnung der Kompetenzen des Willensvollstreckers in der EU



6. Entscheidungen / Urkunden

Land	Erben-Ausweis
Deutschland	Erbschein (§ 2353 ff. BGB)
Österreich	Einantwortungsurkunde (§§ 177 ff. AussStrG)
Frankreich	Acte de Notoriété (Notaire / bei gesetzlicher Erbfolge: Greffier en chef du Tribunal de Grande Instance) (Praxis) Elsass-Lothringen: Certificat d'héritier (Tribunal d'Instance)
Italien	Atto di Notorietà (notaio) / Certificato di eredità (pretore) (Praxis)
Spanien	Acta di Notoriedad (Notario / Juzgado de Primera Instancia) (Praxis) / Nachlasszeugnis (Art. 62 Nr. 22 ZPG v.3.2.1981)
EU	Europäisches Nachlasszeugnis



6. Entscheidungen / Urkunden

- › **Art. 39 Anerkennung**
“ (1) Die in einem Mitgliedstaat ergangenen Entscheidungen werden in den anderen Mitgliedstaaten anerkannt, **ohne dass es hierfür eines besonderen Verfahrens bedarf**“.
- › *Die Schweiz wendet nach wie vor Art. 96 IPRG an!*



6. Entscheidungen / Urkunden

- › **Art. 62 Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses**
“ (1) Mit dieser Verordnung wird ein **Europäisches Nachlasszeugnis** (im Folgenden „Zeugnis“) eingeführt, das zur Verwendung in einem anderen Mitgliedstaat ausgestellt wird und die in Artikel 69 aufgeführten Wirkungen entfaltet“.
- › *Das Nachlasszeugnis deckt auch das **Zeugnis des Testamentsvollstreckers** ab.*



7. Prinzipien

- › (1) Wechsel des Anknüpfungsfaktors von der Staatsangehörigkeit zum gewöhnlichen Aufenthalt (Art. 4, 21 EuErbVO).
- › (2) Gleichlauf von Zuständigkeit und anwendbarem Recht (forum et ius) (Art. 4, 21 EuErbVO).
- › (3) Prinzip der Nachlasseinheit (keine Sonderbehandlung von Grundstücken) (Art. 4, 21 EuErbVO).
- › (4) Stärkung der Privatautonomie (Art. 5, 22 EuErbVO) durch Vereinbarungen (professio iuris/professio fori).
- › (5) Loi uniforme: Die Regeln über das anwendbare Recht gelten auch im Verhältnis zu Drittstaaten (wie der Schweiz oder den USA; Art. 20, 35 EuErbVO).
- › (6) Klärung der Stellung der Mehrstaatler (Doppelbürger / Art. 22 Abs. 1 EuErbVO).
- › (7) Aufgabe des Exequatur-Verfahrens (automatische Anerkennung von Dokumenten; Art. 59 EuErbVO).
- › (8) Für die Form gilt weiter das Haager Testamentsformübereinkommen vom 5.10.1961 (SR 0.211.312.1); gilt nach Art. 27 EuErbVO für alle Mitgliedstaaten.



8. Ungelöste Probleme - Allgemein

- › (1) **Anpassungen im nationalen Kollisionsrecht** durch die Mitgliedstaaten brauchen Zeit und sind nicht überall kompatibel mit EuErbVO
- › (2) **Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts** (Art. 4 – Zuständigkeit / Art. 21 EuErbVO – Anwendbares Recht) ist nicht definiert
 - › Ministerrat 1972: Tatsächlicher Aufenthalt, Erlaubnis spielt keine Rolle
 - › Vorschlag Schweden: 2-5 Jahre (nicht umgesetzt)
 - › Bundesnotarkammer: Polizeiliche Meldung, Steuerpflicht, 180 Tage Aufenthalt
 - › EuGH C-523/07 (Art. 8a Brüssel IIa Verordnung): Soziale und familiäre Integration (Kinder)
- › (3) Der Erblasser kann **den letzten gewöhnlichen Aufenthalt** (Art. 4 und Art. 21 EuErbVO) nicht privatautonom festlegen (es ist ein objektiv zu bestimmender Begriff)
- › (4) **Keine freie Zuständigkeitswahl** (Art. 5 EuErbVO - nur Gleichlauf)
 - › Es bleibt unklar, ob die Zuständigkeitswahl auch dann erlaubt ist, wenn die EuErbVO selbst den Gleichlauf bricht
 - › Es bleibt unklar, wer die «beteiligten Personen» sind (Erben, Pflichtteilserben, Vermächtnisnehmer, Gläubiger des Nachlasses ...).



8. Ungelöste Probleme - Allgemein

- › (5) Für die **Ausweichklausel** (Art. 21 Abs. 2 EuErbVO: engerer Bezug im Einzelfall – Nachklingen der Verbindung zum Wegzugstaat) hat es kaum Platz, sie schafft zudem Rechtsunsicherheit (Lange, ZErB 2012, 162; Wilke, RIW 2012, 605).
- › (6) **Keine freie Rechtswahl** (Art. 22 EuErbVO - beschränkt auf die Staatsangehörigkeit); es ist nicht möglich, das Recht des gewöhnlichen Aufenthaltsorts im Zeitpunkt der Testamentserrichtung oder das Güterstatut zu wählen (Wilke, RIW 2012, 606).
- › (7) Eine **stillschweigende Rechtswahl** (Art. 22 EuErbVO) ist zwar möglich, aber nicht leichthin anzunehmen (Odersky, notar 2013, 5; vgl. in der Schweiz BGE 125 III 35: Im Tessin wohnhafte Deutsche geht zu deutschem Notar und setzt Tochter auf den Pflichtteil).
- › (8) Die Rechtswahl (Art. 22 EuErbVO) kann dazu führen, dass **Zuständigkeit und anwendbares Recht auseinanderfallen**.
- › (9) Die Rechtswahl (Art. 22 EuErbVO) kann dazu führen, dass **Erb- und Güterrecht auseinanderfallen**.



8. Ungelöste Probleme - Allgemein

- › (10) Zum – in Deutschland häufigen – **gemeinschaftlichen Testament** gibt es keine Regeln; es ist unklar, ob und wie eine Rechtswahl im Sinne von Art. 25 EuErbVO möglich ist und welche Wirkung diese hat (Lehmann, ZErB 2013, 25; Odersky, notar 2013, 8).
- › (11) Es bleibt unklar, ob der **Verweis** auf ein Drittstaaten-Recht das IPR (Kollisionsrecht; wohl gemeint) oder doch das Erbrecht (materielles Recht) meint (Art. 34 EuErbVO).
- › (12) Es ist unklar, wie weit Pflichtteile den Schutz des **ordre public** (Art. 35 EuErbVO) unterstehen (Odersky, notar 2013, 6: war früher im Verordnungstext enthalten und wurde gestrichen; Wilke, RIW 2012, 607: ist wohl eher nicht der Fall).
- › (13) Die bestehenden **Staatsverträge** (z.B. Niederlassungs- und Konsularverträge der Schweiz mit Deutschland (Grossherzogtum Baden; BS 11, 611), Italien (SR 0.142.114.541) und Griechenland (SR 0.142.113.721) bleiben nach **Art. 75 EuErbVO** „unberührt“.



8. Ungelöste Probleme - Allgemein

- › (14) Die (neuen) **EU-Güterrechtsverordnungen** (für Ehegatten [EuGüVO] und eingetragene Partner [EuPartVO]), welche am 29.1.2019 in Kraft treten: Komplementärverhältnis. Nach Art. 4 EuGüVO gilt die Zuständigkeit für den Nachlass auch für die güterrechtliche Auseinandersetzung. Für das anwendbare Recht gibt es neben dem gewöhnlichen Aufenthalt viele weitere Anknüpfungspunkte, was zu Divergenzen mit dem anwendbaren Erbrecht führen wird.
- › (15) **Steuer-, Zoll- und Verwaltungsrecht** wird nicht erfasst von der EuErbVO: Abbau grenzübergreifender Erbschaftsteuerhindernisse in der EU (KOM/2011/864).
- › (16) **Gesellschaftsrechtliche** Konstrukte werden von der EuErbVO nicht erfasst.
- › (17) **Trusts** werden nicht erfasst (ausser Errichtung von Todes wegen - Erwägung 13); sind aber zum Teil durch das Haager Trust Übereinkommen abgedeckt (Deutschland kein Vertragsstaat – www.hcch.net).
- › (18) **Lebzeitige Zuwendungen** werden nicht erfasst (Herzog, ErbR 2013, 4).



9. Ungelöste Probleme – im Verhältnis zur Schweiz

- › (1) Nach Art. 5 EuErbVO kann die Heimatzuständigkeit eines Schweizer in Deutschland nicht vereinbart werden, weil die Schweiz kein Mitgliedstaat ist, nach Art. 87 IPRG kann sie **einseitig angeordnet** werden (**Zuständigkeitskonflikt**) (Lehmann, Diss, 234: Grund für diese Bestimmung: keine Garantie des Rechtsschutzniveaus).
- › (2) Art. 10 EuErbVO weicht vom loi uniforme ab und bestimmt, dass die **Mitgliedstaaten, in denen sich Nachlassgut befindet, für den gesamten Nachlass zuständig** sind, wenn der Erblasser in einem Drittstaat (wie der Schweiz) verstorben ist (Abs. 1) und
 - › Der Erblasser die Staatsangehörigkeit dieses Mitgliedstaates hat (lit. a) oder
 - › wenn der vorherige gewöhnliche Aufenthalt im Mitgliedstaat nicht mehr als 5 Jahre zurückliegt (lit. b) oder„sowieso“ für Nachlassvermögen im Mitgliedstaat (Abs. 2): Zuständigkeit nur für dieses Nachlassvermögen



9. Ungelöste Probleme – im Verhältnis zur Schweiz

- › (2) Art. 10 EuErbVO (Fortsetzung)
Nachlassvermögen im Mitgliedstaat: hilfsweise Anlehnung an Europäische Insolvenzverordnung (Dutta, Art. 10 EuErbVO N 6)
 - Körperliche Gegenstände:** Ort der Belegenheit
Schmuck im Tresor einer Bank in Österreich
 - Registrierte Rechte oder Gegenstände**
Grundstücke in Frankreich, Immaterialgüterrecht in Belgien
 - Forderungen:** Ort des Schuldners
Darlehen an einen Freund (Schweizer) in Spanien, Bankguthaben in den Niederlanden
 - Gemeinschaftsmarke etc.:**
Fingierte Eintragung in Mitgliedstaat
 - Nichtregistrierbare Immaterialgüterrechte:** Mitgliedstaat, in welchem Schutz geboten wird
Urheberrecht bei einem Verlag in Deutschland
 - Nichtregistrierbare Gesellschaftsanteile:** Sitz der im HR eingetragenen Gesellschaft oder Errichtungsort
Anteile an einer (kотиerten) in Schweden im HR (Aktiebolag)
eingetragenen Gesellschaft: Volvo



9. Ungelöste Probleme – im Verhältnis zur Schweiz

- › (2) [Art. Eu10 ErbVO](#) (Fortsetzung)
Fall 1: Schweizer in Schweiz mit Haus in Deutschland und Bankkonto in Österreich (Fall von Abs. 2 - Vermögen in der EU):
 - › Deutschland ist für Haus zuständig
(ok nach Art. 86 Abs. 2 IPRG; deutsches Urteil anerkannt nach Art. 96 Abs. 1 lit. b IPRG).
 - › Österreich ist für Bankkonto zuständig
(widerspricht Art. 86 Abs. 1 IPRG; österr. Urteil nach anerkannt nach Art. 96 IPRG).
 - › Schweiz ist für restlichen Nachlass zuständig
(ok nach Art. 86 Abs. 1 IPRG).



9. Ungelöste Probleme – im Verhältnis zur Schweiz

- › (2) [Art. Eu10 ErbVO](#) (Fortsetzung)
Fall 2: Schweizer in England, lebte bis vor 4 Jahren in Deutschland, mit Haus in Frankreich, Konto in der Schweiz, errichtet letztwillige Verfügung mit Wahl des Heimatrechts (CH): Fall von Abs. 1 lit. b (Aufenthalt vor weniger als 5 Jahren)
 - › Deutschland ist gesamten Nachlass zuständig
(widerspricht Art. 87 Abs. 2 IPRG; deutsches Urteil wird nach Art. 96 IPRG nicht anerkannt).
 - › *Das widerspricht auch der Sicht des englischen Rechts: UK ist für bewegliches Vermögen zuständig, überlässt Frankreich die Zuständigkeit für Grundstück ; die Schweiz anerkennt UK Urteile nach Art. 96 IPRG.*



9. Ungelöste Probleme – im Verhältnis zur Schweiz

- › (3) **Gewöhnlicher Aufenthalt** (EuErbVO) und **Wohnsitz** (IPRG) sind nicht immer deckungsgleich. Besonders im Fokus sind:
 - › Grenzgänger
 - › Italien/Spanien/Frankreich-Rentner
 - › Personen mit vielen Aufenthaltsorten.
 - › **Beispiel:** Aus CH Sicht Wohnsitz in CH, aus D Sicht gewöhnlicher Aufenthalt in D: **Zuständigkeitskonflikt, Rechtsanwendungskonflikt.**
- › (4) Art. 29 ff. EuErbVO (**Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen**) gilt nur für die Mitgliedstaaten; die Schweiz wendet nach wie vor Art. 96 IPRG an.
- › (5) **Doppelbürger** dürfen nach Art. 22 eine Rechtswahl treffen, nach Art. 90 Abs. 2 IPRG nicht: Aus CH Sicht dürfen D-CH-Bürger kein deutsches Recht wählen.
- › (6) Die EuErbVO regelt nicht, **wie das anzuwendende Fremdrecht festzustellen ist** und welches Recht angewendet wird, wenn es nicht feststellbar ist (Weiss/Bigler, Deutscher Anwaltsspiegel, Spezial März 2013, 28).



10. Rechtsprechung

- › (1) EuGH C-558/16 vom 01.03.2018 FamRZ 2018, 632: Frage des Zugewinnausgleichs nach deutschem Recht wird von Art. 1 Abs. 1 EuErbVO erfasst
- › (2) EuGH C-218/16 vom 12.10.2017 ZErB 2017, 352: Dingliche Wirkung eines Vindikationslegats muss in einem Mitgliedstaat, welches diese nicht kennt, nicht aufgrund der ErbVO anerkannt werden
- › (3) KG Berlin 1 AR 8/16 vom 26.04.2016 ZErB 2016, 199: Letzter gewöhnlicher Aufenthalt bei Grenzpendler (Deutschland – Polen)
- › (4) OGH Wien 2. Nc 2/15s vom 17.03.2016 ErbR 2016, 579: Nichtzuständigkeit von Österreich bei letztem Aufenthalt des Erblassers in Deutschland
- › (5) Weitere Entscheide sind vor allem im Zusammenhang mit der Gestaltung des Europäischen Nachlasszeugnisses ergangen



11. Empfehlungen

- › (1) Zusammensetzung des Nachlassvermögens aktiv gestalten (wenn möglich EU-Vermögen veräussern oder übertragen).
- › (2) Ausdrückliche **Zuständigkeitswahl** (um Klarheit zu schaffen und Ausweichklausel auszuschliessen), um einen Kompetenzkonflikt (Art. 10 EuErbVO) auszuschliessen.
- › (3) Ausdrückliche **Rechtswahl** zur Klärung des anwendbaren Rechts (insbesondere bei Personen mit mehreren möglichen Anknüpfungspunkten).
- › (4) Bei Grenzüberschreitenden Verhältnissen ist zu empfehlen, KEINEN kombinierten **Ehe- und Erbvertrag** abzuschliessen (sondern zwei separate Verträge), entgegen der sonstigen Notariatspraxis, etwa im Kanton Zürich.
- › (5) Gemeinschaftliches Testament durch **Erbvertrag** ersetzen, wenn Übersiedlung in die Schweiz bevorsteht (Odersky, notar 2013, 8)
- › (6) **Schiedsgerichte** für „unlösbar“ Fälle: www.schiedsgerichte-erbsachen.ch



12. Literatur (CH/D/A)

- › **Bajons Ena-Marlis**, Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht in Erbsachen, in: Europäische Erbrechtsverordnung, hrsg. v. Martin Schauer und Elisabeth Scheuba, Wien 2012, S. 29-41.
- › **Bonomi Andrea**, Le règlement européen sur les successions et son impact pour la Suisse, in: Journée de droit successoral 2015, S. 63-113 = SJ 2014 II 391-433.
- › **Bonomi Andrea/Öztürk Azadi**, Das Statut der Verfügung von Todes wegen (Art. 24 ff. EuErbVO), in: Die Europäische Erbrechtsverordnung, hrsg. v. Anatol Dutta und Sebastian Herrler, München 2014.
- › -, Auswirkungen der Europäischen Erbrechtsverordnung auf die Schweiz unter besonderer Berücksichtigung deutsch-schweizerischer Erbfälle, ZVglRWiss 2015, 4-39.
- › **Chappuis, Bennoît/Perrin, Julien**, Le Règlement (UE) No 650/2012 du Parlement européen et du Conseil du 4 juillet 2012 relatif à la compétence, la loi applicable, la reconnaissance et l'exécution des décisions, et l'acceptation et l'exécution des actes authentiques en matière de successions et à la création d'un certificat successoral européen, Not@lex 2014, 1-40.
- › **Devisme Marjorie**, Les conséquences pratiques du règlement (UE) no 650/2012 du 4 juillet 2012 dans les successions franco-suissees, in: Journée de droit successoral 2015, 115-139.



12. Literatur (CH/D/A)

- › **Dormann, Agnes**, Das schweizerische internationale Privatrecht und die europäische Erbrechtsverordnung im Vergleich, in: Die EU-Erbrechtsverordnung Nr. 650/2012 und deren Auswirkungen auf diverse Länder, hrsg. v. der Europäischen Anwaltsvereinigung e.V. (DACH), Zürich 2014, 79-122.
- › **Dutta, Anatol**, Kommentar zu Art. 1-84 EuErbVO, in: Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Band 10: Internationales Privatrecht I, 6. A., München 2015.
- › **Eder Karoline**, Vierter Teil: EU-Recht, die EuErbVO oder Rom-V-VO, in: Der übergangene Pflichtteilserbe und sein Forum: Die ZPO und das IZPR in Deutschland, der Schweiz und der EU, Zürich 2015, S. 59-85.
- › **Frésard, Philippe**, Le nouveau Règlement européen des successions: l'essentiel en bref, Jusletter du 21.01.2013.
- › **Fröhler Oliver**, Die erbrechtliche Stellung des längst-lebenden Ehegatten in deutsch-schweizerischen Erbfällen, BWNotZ 2008, 38-47.
- › **Graham-Siegenthaler Barbara**, Kommentar zu Art. 86 ff. IPRG, in: Praxiskommentar Erbrecht, hrsg. v. Daniel Abt und Thomas Weibel, 3. A., Basel 2015.
- › -, Die EU-Erbrechtsverordnung und deren Auswirkungen auf die Nachlassplanung in der Schweiz, Jusletter 21. September 2015.
- › **Grolimund Pascal/Bachofner Eva**, Schweizer Zuständigkeit über im EU-Raum belegene Liegenschaften im Lichte der EU-Erbrechtsverordnung, in: Festschr. Isaak Meier, Zürich 2015, S. 279-291



12. Literatur (CH/D/A)

- › **Grun Meyer Catherine/Sprecher Thomas**, Aspekte der neuen EU-Erbrechtsverordnung und ihres Bezugs zur Schweiz, ZBGR 96 (2015) 145-157.
- › **Herzog, Stephanie**, Die EU-Erbrechtsverordnung (EU-ErbVO), ErbR 2013, 2-14.
- › **Hösly Balz/Debrunner Stefanie**, Rechtswahl schweizerisch-deutscher Doppelbürger bei der Nachlassplanung unter Berücksichtigung der EU-Erbrechtsverordnung, Anwaltsrevue 16 (2013) 272-275.
- › **Kalt Michelle/Uhl Matthias**, Die EU-Erbrechtsverordnung und die Schweiz, in: Europäisierung der schweizerischen Rechtsordnung, hrsg. v. Lukas Fahrländer und Reto A. Heizmann, Zürich 2013, S. 103-133.
- › **Kunz, Lena**, Die neue Europäische Erbrechtsverordnung - ein Überblick (Teil I), GPR 2012, 208-212; (Teil II), GPR 2012, 253-257.
- › **Lange, Werner Knut**, Das Erbkollisionsrecht im neuen Entwurf einer EU-ErbVO, ZErB 2012 160-165.
- › **Lehmann, Daniel**, Die EU-ErbVO: Babylon in Brüssel und Berlin, ZErB 2013, 25-30.
- › **Leu Daniel**, Die EU-Erbrechtsverordnung - Überblick und notariatsrelevante Aspekte, in: : Gemeinschaftliches Eigentum unter Ehegatten, eingetragenen Partnern und nichtehelichen Lebenspartnern - EU-Erbrechtsverordnung, Bern 2015, 133-171.



Universität
Zürich^{UZH}

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Hans Rainer Künzle

12. Literatur (CH/D/A)

- › **Majer, Christian Friedrich**, Die Geltung der EU-Erbrechtsverordnung für reine Drittstaatensachverhalte, ZEV 2011, 445 ff.
- › **Mansel, Hans-Peter / Thorn, Karsten / Wagner, Rolf**, Europäisches Kollisionsrecht 2012: Voranschreiten des Kodifikationsprozesses – Flickenteppich des Einheitsrechts, IPRax 2013, 1-36.
- › **Odersky, Felix**, Europäische Erbrechtsverordnung in der Gestaltungspraxis, notar 2013, 3-9.
- › **Pfeiffer, Alexander**, Änderungen des Erbstatuts durch die geplante EuErbVO aus schweizerischer Sicht, successio 4 (2010) 316-321.
- › **Ders.**, Das objektive Erbstatut schweizerischer Erblasser mit letztem Wohnsitz in Deutschland – Leider eine unendliche Geschichte, successio 2008, 313-320.
- › **Schauer, Martin**, Die neue Erbrechts-VO der Europäischen Union – ein Annäherung, JEV 2012, 78-89.
- › **Süss Rembergt**, Der Vorbehalt zugunsten bilateraler Abkommen mit Drittstaaten, in: Die Europäische Erbrechtsverordnung, hrsg. v. Anatol Dutta und Sebastian Herrler, München 2014, 181 ff.
- › **Süss Rembergt**, Erbrecht in Europa, 3.A., Angelbachtal 2015.
- › **Vollmer, Peter M.**, Die neue europäische Erbrechtsverordnung – Ein Überblick, ZErB 2012, 227-234.

Modul : Nachfolgeplanung

Seite 45



Universität
Zürich^{UZH}

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Hans Rainer Künzle

12. Literatur (CH/D/A)

- › **von Hinden, Michael / Müller, Torsten**, Die Europäische Erbrechtsverordnung – Aktuelle Auswirkungen auf die Erbschaftsplanung, ErbStB 2013, 97-108.
- › **Weiss Kinga M./Bigler Manuel**, Die EU Erbrechtsverordnung - Neue Herausforderungen für die internationale Nachlassplanung aus Schweizer Sicht, successio 2014, 167 f. (= Aktuelle Themen zur Notariatspraxis, hrsg. v. Schweizerischen Notarenverband, Muri 2015, S. 15 ff.).
- › -, Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt, Deutscher AnwaltSpiegel Spezial März 2013, 27-29.
- › **Weiss Kinga M./Fuchs Anja**, Auswirkungen der EU-Erbrechtsverordnung auf die Schweiz, Plädoyer 33 (2015) 30-38.
- › **Weiss Kinga M./Gremminger Ursina**, Die EU-Güterrechtsverordnungen für Ehegatten und eingetragene Partner, successio 2018, 312 ff.
- › **Wilke, Felix M.**, Das internationale Erbrecht nach der neuen EU-Erbrechtsverordnung, RIW 2012, 601-609.
- › **Willmann Nicole/Fotiou Georgia**, Die Europäische Erbrechtsverordnung aus Sicht der Schweiz, STH 2015, 336-340.
- › -, Le règlement européen sur les successions vu de Suisse, ST 2015, 341-344.

Modul : Nachfolgeplanung

Seite 46



**Universität
Zürich**^{uzh}

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Prof. Dr. Hans Rainer Künzle

Kontakt



Hans Rainer Künzle

Prof. Dr. oec. HSG, Rechtsanwalt, TEP

Titularprofessor für Privatrecht und Privatrechtsvergleichung
an der Universität Zürich
www.rwi.uzh.ch/lehreforschung/tp/tit-kuenzle.html

Partner von KENDRIS AG

KENDRIS AG
Wengistrasse 1
CH-8021 Zurich

phone +41 (0)58 450 59 59
fax +41 (0)58 450 59 23
mobile +41 (0)79 234 78 52
e-mail h.kuenzle@kendris.com
Internet www.kendris.com